



1998/38 Ausland

<https://shop.jungle.world/artikel/1998/38/oelgeschaefte-mit-dem-satan>

Ölgeschäfte mit dem Satan

Von **dirk eckert Dirk Hempel**

Im Pipeline-Poker am Kaspischen Meer sind die islamischen Karten Afghanistan und Iran die Trümpfe.

Der US-amerikanische Ölkonzern Mobil Oil geht komplizierte Wege: Per Bahn transportiert das Unternehmen in Turkmenistan gefördertes Rohöl vom Kaspischen zum Schwarzen Meer. Von dort wird es dann gen Westen verschifft. Auch das Joint Venture Tengishevroil des Mobil-Konkurrenten Chevroil, das im nördlich angrenzenden Kasachstan Öl fördert, nutzt den kostenintensiven Bahnweg zu Verladehäfen.

Die beiden ehemaligen Sowjetrepubliken Aserbaidshan und Kasachstan gelten als wichtigste Länder für die Gewinnung von Erdöl und Erdgas rund um das Kaspische Meer. Allein in Turkmenistan sollen die viertgrößten Erdgasreserven der Welt lagern, und insgesamt werden sechs bis zehn Milliarden Tonnen Erdöl in Zentralasien vermutet. An Pipelines zum Weitertransport fehlt es jedoch, lediglich über Rußland könnten Erdöl und Erdgas ihren devisenträchtigen Weg zum Weltmarkt finden.

Die Nutzung der russischen Transportwege wird aber nicht gewünscht. Den ehemaligen Sowjetrepubliken gilt Moskau als machtlüstern und in erster Linie bemüht, sich die Vorherrschaft in der Region zu sichern. Außerdem verfolgt Rußland bei den Rohstofftransporten eigene ökonomische Interessen: Die Ukraine und Georgien beispielsweise sind auf russische Lieferungen von Erdöl und Erdgas angewiesen. Und der Gasexport ist - erst recht durch die wirtschaftliche Situation des Landes - die wichtigste Devisenquelle Rußlands. Der Konkurrenz aus Kasachstan und Turkmenistan stellt man also nur ungern die eigenen Leitungen zur Verfügung. Deswegen waren nach einem Bericht des Handelsblattes die russischen Pipelines aus Zentralasien gen Westen im vergangenen Jahr nicht einmal zu zwei Dritteln ausgelastet.

Die großen Öl- und Gaskonzerne - neben Mobil und Chevron sind bereits United Oil of California (Unocal), Shell, Delta Oil, Total, Agip, Lukoil und British Gas sowie Firmen aus Japan und China in der Region aktiv geworden - suchen entsprechend nach anderen Transportwegen. Der kürzeste Weg an einen Ozeanhafen würde durch die Islamische Republik Iran führen. Für die französische Firma Total kein Hinderungsgrund: Zusammen mit den Mullahs in Teheran hat man bereits ein Pipeline-Projekt ausgearbeitet, das bis zum Jahr 2004 fertiggestellt werden soll.

Seit dem 28. Dezember letzten Jahres betreibt auch Turkmenistan eine Gas-Pipeline auf iranischem Gebiet - die erste Transportlinie, die bisher wirklich realisiert wurde. Das Projekt, so urteilte die Neue Zürcher Zeitung, "beendet die Herrschaft Rußlands über das Kaspische Meer

mittels der Kontrolle der Exportwege".

In den USA aber steht man der iranischen Option eher ablehnend gegenüber, zumindest auf politischer Ebene. Seit der islamistischen Revolution von 1979 und der Geiselnahme in der US-Botschaft Teherans wurden die diplomatischen Beziehungen auf Eis gelegt. Auf wirtschaftlicher Ebene versuchen die USA seit 1984 den Iran mit Sanktionen zu schwächen, zuletzt wurde 1995 eine totale Exportsperre verhängt und ein Jahr später mit dem D'Amato-Gesetz der Versuch unternommen, Iran zu isolieren. Die Regelung sieht Strafmaßnahmen auch gegen Firmen vor, die im iranischen Ölsektor investieren, ihren Sitz aber nicht in den USA haben - was beispielsweise auf Total zutrifft. Präsident William Clinton hat allerdings bislang das Inkrafttreten des Gesetzes verhindert.

US-Firmen sehen die Boykottpolitik ohnehin mit Skepsis. Ohne internationalen Rückhalt bedeute sie allein einen Wettbewerbsnachteil. So machte sich Mobil Oil mit einer Anzeigenkampagne in der New York Times und der Washington Post im Juni bereits für einen moderaten Kurs gegenüber Teheran stark. Insgesamt sollen sich mehr als 650 US-Firmen zu einer Anti-Sanktionslobby zusammengeschlossen haben. Ende Juli entschied der US-Kongreß, daß Boykottmaßnahmen wenig wirksam seien.

Die US-Regierung reagierte auch nur sehr moderat auf den Test einer iranischen Mittelstreckenrakete, die den Machthabern in Teheran perspektivisch einen Angriff auf Israel ermöglicht. Trotz dieser Zurückhaltung und ersten Annäherungen mit dem reform-islamistischen Präsidenten Irans, Mohammad Khatami, ist eine Pipeline durch die Islamistische Republik und damit eine Abhängigkeit von der dortigen Regierung Washington aber noch nicht geheuer. Hauptanliegen ist, sowohl Iran wie Rußland zu umgehen, um keine der beiden bisher wichtigsten Regionalmächte zu stärken.

Deswegen soll eine US-Firma aus Houston im Auftrag Turkmenistans eine Durchführbarkeitsstudie für eine Unterwasser-Pipeline durch das Kaspische Meer erstellen. Das Ergebnis wird Mitte November vorliegen, aber Richard Mornigstar, Clintons Sonderbeauftragter für Energieförderung in der kaspischen Region, wußte zu berichten, die US-amerikanische Eximbank entwerfe schon ein Programm zur Finanzierung der Pipeline nach Baku am Westufer des Kaspischen Meeres. Von der aserbaidischen Hafenstadt Baku aus sollen Öl und Gas dann über Georgien zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan fließen und dort dann per Schiff weitertransportiert werden.

So würden zwar Rußland und Iran elegant umgangen, aber auch diese Route ist nicht unproblematisch. Zum einen besteht Iran darauf, das Kaspische Meer habe den Status eines Binnenmeeres und nicht den eines Sees. Die Bodenschätze außerhalb der Küstengewässer, der Zwölf-Meilen-Zonen, dürften damit nur von allen Anrainern gemeinsam ausgebeutet werden und auch der Pipelinebau müßte von allen gebilligt werden. Zweitens gelten Aserbaidjan - selbst ein Ölförderland - und das Transitland Georgien nicht gerade als Garanten für politische Stabilität.

Aserbaidjan verfolgt unter Präsident Gaidar Alijew eine langsame, aber konsequente Abwendung von Rußland und orientiert sich im Bewußtsein des Rohstoffreichtums stärker gen Westen, hat aber ein kleines Problem mit armenischen Separatisten.

Ebenso wie Georgien, wo Sezessionisten hoffen, von den Öltransporten profitieren zu können. Im Nordwesten hat sich Abchasien bereits abgespalten, aber erst im Mai dieses Jahres sind die Kämpfe um diese Region wieder aufgeflammt, und in Südossetien gibt es ebenfalls Unabhängigkeitsbestrebungen. Rußland, gleichsam reale und Möchtegern-Großmacht am Kaspischen Meer, kennt das Problem aus eigener Erfahrung. Der Krieg gegen die für unabhängig erklärte Teilrepublik Tschetschenien von Ende 1994 bis August 1996 war auch ein Ringen um eine wichtige Pipeline, die Kaspisches und Schwarzes Meer verbindet.

Von der Unsicherheit beim nördlichen Nachbarn Tschetschenien hat bisher besonders Aserbaidshan profitiert. Elf in der Azerbaijan International Operating Company (AIOC) zusammengeschlossenen Erdölkonzerne setzen auf Aserbaidshan als Förder- und Transitland. Über 14 Milliarden Mark will die AIOC zur Ausbeutung von Ölfeldern im Kaspischen Meer investieren und treibt außerdem das Projekt der Unterwasserpipeline voran. Obwohl 1992 wegen des Krieges um die Enklave Nagorni-Karabach Sanktionen gegen Aserbaidshan verhängt wurden, sind US-amerikanische Firmen - darunter beispielsweise Mobil Oil - mit mehr als 40 Prozent an der AIOC beteiligt.

Dagegen plant Rußland eine Transportlinie auf dem Landweg nördlich des Kaspischen Meeres - auf eigenem Territorium. Der russische Staat hält 24 Prozent am Caspian Pipeline Consortium (CPC), und der russische Ölkonzern Lukoil besitzt weitere 12,5 Prozent. Die CPC beutet Felder im Westen Kasachstans aus und gilt als wichtigster Konkurrent der AIOC im Pipeline-Poker.

Moskau hat durchaus ein Interesse an politischer Konfusion im Kaukasus, da diese das AIOC-Projekt erschweren würde. Georgiens Präsident Eduard Schewardnadse, früher Außenminister der Sowjetunion, vermutet, die russische Regierung habe die Separation Abchasiens entscheidend gefördert. In dem Krieg von 1992/93 sollen außerdem russische Kosaken die abchasischen Verbände unterstützt haben.

Eine ähnliche Verwicklung Moskaus befürchtet der tschetschenische Präsident Maschadow, der die russische Regierung auch als eigentlichen Urheber des Bombenanschlages vom 23. Juli sieht, bei dem er selbst beinahe umgekommen wäre. Keine zwei Tage später entließ sein russischer Amtskollege Boris Jelzin den Chef des KGB-Nachfolgers FSB. Auch der damalige Premier Sergej Kirijenko wurde in die tschetschenische Hauptstadt Grosny geschickt, um die Vorwürfe schleunigst zu dementieren. Nicht leugnen läßt sich hingegen die Unterstützung für die armenischen Separatisten von Nagorni-Karabach.

Um die auf der Ostseite des Kaspischen Meeres vermuteten Öl- und Gasreserven vorbei an Rußland und dem Kaukasus in die Industriestaaten fließen zu lassen, bleiben also nur zwei Wege: Durch den Iran oder durch Afghanistan, das von den islamistischen Taliban kontrolliert wird. Die kalifornische Unocal hat zusammen mit der Firma Delta Oil aus Saudi-Arabien bereits eine Pipeline via Afghanistan zur pakistanischen Hafenstadt Karachi geplant und mit den Taliban längst ein entsprechendes Abkommen geschlossen.